

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15



## Inhalt

Die Grünen und die politische Realität untersucht nach dem Grünen-Parteitag Wolf-Michael Catenhusen MdB.

Seite 1

Innenminister Kanther läßt den Sport hängen, klagt Peter Büchner MdB.

Seite 3

Zwölf Prozent Arbeitslose in der EU - ein entscheidender Prüfstein für Europa. Worauf es bei einer Beschäftigungspolitik der EU ankommt, erläutert Leyla Onur MdEP.

Seite 4

Pränatale Diagnostik, ein sensibles Kapitel der Medizin, wie damit umgegangen werden muß, beschreibt Rolf Linkohr MdEP.

Seite 5

49. Jahrgang / 47

9. März 1994

### Nur wahlkampf- oder auch gestaltungsfähig? Bündnis 90/Die Grünen nach ihrem Parteitag

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB,  
Vorsitzender des Ausschusses für Forschung, Technologie und  
Technikfolgenabschätzung

Der Programmparteitag von Bündnis 90/Die Grünen hat unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Auf der einen Seite war erstmals die grüne Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung in Bonn unübersehbar und unumstritten. Offenkundig wissen die Grünen, daß ihre möglichen Wählerinnen und Wähler eine nicht zur Reformpolitik bereite grüne Partei mit massivem Stimmenentzug strafen würden. Auf der anderen Seite sind ein Teil der außenpolitischen Beschlüsse und die Orientierung auf einen Ausstieg aus der Gentechnik sowie aus der Kernenergie innerhalb von zwei Jahren nur als ein Klammern an fundamentalistisch angehauchter grüner Oppositionsidentität zu verstehen. Sie verstärken nicht die Bereitschaft in unserer Gesellschaft, einer rot-grünen Mehrheit Erfolgchancen zu geben.

Die programmatischen Aussagen, mit denen Bündnis 90/Die Grünen in die Wahlkämpfe dieses Jahres ziehen, sind aus sozialdemokratischer Sicht durchaus unterschiedlich zu bewerten; in seiner Gesamtheit paßt sich das Programm nicht mehr in ein einfaches "Realo/Fundi"-Schema ein:

- In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist eine Annäherung an SPD-Positionen unübersehbar. Die geforderte ökologische Steuerreform, deren Erlöse wieder ökologischen Zwecken zugute kommen sollen, ist ein Konzept, das sich auf die Vorstellungen des SPD-Programms "Fortschritt '90" zubewegt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veröffentlicht Übereinstimmend  
mit dem sozialen Rotpapier  
Recycling-Papier.



- o Umso auffälliger ist ein Festhalten an Technik ablehnenden Maximalpositionen, die selbst von der Ökologiebewegung vielfach nicht mehr geteilt werden. Der vom Parteitag geforderte "Ausstieg aus der Gentechnik" ist nicht nur angesichts der internationalen Verflechtung von Wissenschaft und Technik illusionär. Er ist auch angesichts der Unverzichtbarkeit der Gentechnik vor allem in der Grundlagenforschung und in der Medizin für Sozialdemokraten nicht akzeptabel. Er bedeutet vor allem eine Verweigerung eines rationalen Diskurses mit den Wissenschaftlern und Ingenieuren, die wir für ein gesellschaftliches Reformbündnis und eine Strategie des ökologischen Umbaus unserer Industriegesellschaft dringend brauchen. Wenn die deutsche Volkswirtschaft auf einen Strukturwandel hin zu stärkerer Umweltverträglichkeit der Produkte und höhere Wertschöpfung in der Produktion setzen muß, dann erfordert dies eine intelligente, ökonomisch, ökologisch und sozial erwünschte Entwicklung und Nutzung modernster Schlüsseltechnologien. Die plakative Koppelung des Ausstiegs aus der Kernenergie an eine Zweijahresfrist verrät dazu, daß die Grünen sich offenkundig an den Erfahrungen in praktischen Ausstiegsversuchen rot-grüner und roter Landesregierungen aus Gründen der Identitätswahrung immer noch vorbeimogeln.
- o Der außenpolitische Dissens auf dem grünen Parteitag spiegelt den Konflikt um die künftige internationale Rolle Deutschlands und das Verhältnis von militärischen oder zivilen Konfliktlösungsstrategien wider, der sich durch unsere Gesellschaft, auch durch die SPD zieht. Soll die NATO als Verteidigungsbündnis durch die KSZE als kollektives Sicherheitssystem überflüssig gemacht werden, oder soll sie der KSZE zumindest vorübergehend als militärischer Arm dienen, oder stellt die NATO auf Dauer die einzige Struktur in Europa mit Elementen eines Systems kollektiver Sicherheit dar? Hier hat die SPD in den letzten Jahren einen schmerzhaften Prozeß der Annäherung an die seit 1989 dramatisch geänderten Realitäten in Europa durchlaufen. Daß desungeachtet die Grünen ihren Traum von einem entmilitarisierten Deutschland nicht nur als Vision aufrechterhalten, sondern durch Aufnahme in ein Regierungsprogramm zur Maßstäbe für eine mögliche Koalition machen wollen, ist zumindest unpolitisch und naiv. Eine Partei, die Grundsatzfragen der deutschen Außenpolitik in einem Wahlprogramm nur für die Stabilisierung realitätsferner Visionen und Sicherung innerparteilicher Machtpositionen instrumentalisiert, verstärkt objektiv Zweifel an ihrer Regierungsfähigkeit in Bonn, auch in der SPD.
- o In der Asyl- und Ausländer/innen-Politik hat der Parteitag frühere Fundamentalpositionen ("offene Grenzen") verfassung und Beschlüsse gefaßt, die darauf zielen, in einer Koalition mit der SPD mit einfachgesetzlichen Maßnahmen, also ohne erneute Grundgesetzänderung und im Rahmen des neuen Art. 16 a, einen Schutz von Flüchtlingen vor politischer Verfolgung sicherzustellen und eine geregelte Einwanderung gesetzlich abzusichern.

Rot-grüne Regierungspraxis in den Ländern hat bislang grüne Parteitagsbeschlüsse immer relativiert. So konnten grüne Politiker/innen in Koalitionen mit der SPD durchaus praktische Erfolge etwa in der Umweltpolitik, bei der Frauengleichstellung, im Minderheitenschutz erreichen. Das Fatale für die Bundes-Grünen ist ihre Weigerung, ihre eigenen Erfahrungen mit Regierungsverantwortung und in der Zusammenarbeit mit der SPD aufzuarbeiten und in die Formulierung eines Bundeswahlprogrammes, das den Willen zur Regierungsbeteiligung dokumentieren soll, einzubeziehen. Die blutigen Nasen, die sich grüne (und rote) Umweltminister im Clinch mit den Reaktorbetreibern und mit Töpfers Atomrechtsbeamten regelmäßig holen, sollte Bündnis 90/Die Grünen eigentlich Beweis genug sein, daß ein Ausstieg aus der Kernenergie in zwei Jahren vielleicht technisch, nicht aber politisch und juristisch machbar ist. Zur Regierungsfähigkeit gehört auch Lernbereitschaft. Die Grünen sind nur dann regierungsfähig, wenn sie ihre teilweise Abkoppelung von gesellschaftlichen Entwicklungen und Lernprozessen aufgeben. Der Bundesparteitag hat hier noch keine abschließende Klarheit geschaffen.

Die SPD hat keinen Grund, von ihrem Ziel der Ablösung der konservativen Koalition Abstand zu nehmen. Koalitionen nach der Bundestagswahl werden für die SPD aber in jeder Konstellation Vermunftfehen sein. Eine Traumhochzeit ist auch für die Linke in der SPD nicht in Sicht. Die SPD wird sich im Wahlkampf auch gegenüber den Grünen profilieren und abgrenzen müssen.

Eine rot-grüne Koalition würde zudem eine enorme gesellschaftliche Spannweite repräsentieren, die von der IG Chemie bis zur Hamburger Hafenstraße reichen könnte. Ein derartiges Regierungsbündnis bietet Chancen für neue, breite Reformmehrheiten in unserer Gesellschaft. Es gibt durchaus eine attraktive Perspektive für eine neue Reformphase in unserer sich wandelnden Republik: die sozialdemokratische Tradition von Gerechtigkeit und Solidarität mit den ökologischen Zielen der Grünen und dem Demokratisierungsanspruch der DDR-Bürgerbewegung zusammenzuführen. Ein solches Reformbündnis müßte aber zugleich erhebliche innere Widersprüche aushalten können. Das geht aber nur, wenn ein linkes Reformbündnis nicht als Konfliktbündnis angelegt wird, sondern als Erfolgsbündnis gewollt wird. Das haben die Erfahrungen mit rot-grünen Koalitionen in Ländern und Kommunen gezeigt. Ob die Grünen sich dessen bewußt sind, ist nach ihrem Bundesparteitag durchaus noch zu bezweifeln.

Von den Grünen wird es im weiteren entscheidend abhängen, ob Wählerinnen und Wähler in Rot-Grün auch in der Kombination ein mehrheitsfähiges Politikangebot sehen und Rot-Grün nicht nur Konflikte, sondern auch Erfolge zutrauen.

(-/9. März 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### Mangelhafte Ministerkompetenz

**Bundesinnenminister Kanther setzt Kahlschlagpolitik im Sport fort**

**Von Peter Büchner MdB**

Kaum sind die zähen Verhandlungen zwischen DSB, NOK und BAL auf der einen sowie dem Bundesinnenministerium (BMI) auf der anderen Seite abgeschlossen, überrascht der Innenminister den Sport mit neuen, verstärkten Sparabsichten. Nachdem im laufenden Haushaltsjahr schon einzelne Verbände und Leistungszentren erhebliche Einschränkungen hinnehmen mußten, bedroht die neuerliche Kahlschlagpolitik des Bundesinnenministeriums den Spitzensport in seinen Grundlagen.

Zum angekündigten Paket des BMI gehört die Verringerung der zur Zeit 66 Olympia-Stützpunkte und Bundesleistungszentren sowie die Forderung an die Bundesfachverbände, mindestens zehn Prozent ihres Gesamthaushaltes als Eigenanteil für die vom Innenministerium geförderten Spitzensport-Jahresplanungen einzubringen. Gleichzeitig sollten sich die Verbände verstärkt um andere Finanzierungsquellen bemühen.

Dieser Ansatz zeigt zum wiederholten Male die mangelnde Kompetenz des Ministers in Sachen Sport!

Eine Abschöpfung der Eigenmittel durch das BMI läßt sich gerade nicht mit den von Herrn Kanther so beschworenen Prinzipien der Subsidiarität und Autonomie des Sports vereinbaren. Sollten die Sportverbände tatsächlich verstärkt andere Finanzierungsquellen erschließen, würden sie vom BMI prompt dadurch bestraft, daß weiterhin zehn Prozent des durch eigene Bemühungen gesteigerten Gesamthaushaltes den Jahresplanungen des BMI zukämen.

So fördert man keine Eigeninitiative, Herr Kanther, so erstickt man sie!

Dirigistische Maßnahmen schränken den Spielraum der Verbände für wichtige Aufgaben im Breiten- und Gesundheitssport nur noch weiter ein und zeigen deutlich, daß diese Regierung für die Zukunft des Spitzensports kein geschlossenes Konzept vorlegen kann.

(-/9.3.1994/vo-he/hgs)

\*\*\*\*\*

**Prüfstein für Europa: Beschäftigungspolitik**  
**Ende 1994 steigt die Arbeitslosigkeit in der EU auf zwölf Prozent**

Von Leyla Onur MdEP

Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union hat sich weiter erhöht. So waren im November 1993 bereits 10,8 Prozent der Erwerbstätigen ohne Arbeit, im November des Vorjahres lag diese Quote noch bei 9,8 Prozent. Insgesamt gibt es mittlerweile über 17 Millionen Arbeitslose, davon mehr als die Hälfte schon seit über einem Jahr, und die Tendenz ist weiter steigend. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission werden Ende 1994 durchschnittlich 12 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Union keinen Arbeitsplatz haben.

Angesichts dieses dramatischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit hat die Kommission im vergangenen Jahr zwei Initiativen auf den Weg gebracht: In der Mitteilung "Gemeinschaftsweiter Rahmen für die Beschäftigung" sind Vorschläge zur Analyse der Situation und zum Erfahrungsaustausch über die Beschäftigungspolitik enthalten, die darauf abzielen, in strukturierter und kooperativer Form koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit festzulegen. Mit dem Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" hat die Kommission ein strategisches mittelfristiges Gesamtkonzept zur Steigerung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung vorgelegt. In beiden Dokumenten wird ein Spannungsverhältnis deutlich, das für die Beschäftigungspolitik der EU konstitutiv ist: Der Notwendigkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen als Folge der wirtschaftlichen Verflechtungen in der Union stehen unterschiedliche nationale Arbeitsmärkte gegenüber, die die Verantwortung des jeweiligen Mitgliedsstaates für konkretes Handeln erfordern.

Das Fehlen einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik der Union bedeutet eine Gefahr für die Akzeptanz in der Bevölkerung und die wirtschaftliche Entwicklung. So findet sich weder in den römischen Verträgen noch in der Einheitlichen Europäischen Akte und auch nicht im Vertrag von Maastricht ein entsprechender Hinweis; einzige Ausnahme ist die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die allerdings im Jahr 2002 endet. Die Tatsache, daß in jedem Mitgliedsstaat andere Sozialvorschriften gelten, von den Unterschieden bei der Bezahlung einmal ganz abgesehen, kann zur Verlagerung von Unternehmensstandorten und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Dieses mögliche Sozialdumping wird noch verschärft durch einseitige nationale Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Beispiel der Firma Hoover, die ihr Werk in Lyon zugunsten der Neuansiedlung in Schottland schloß, weil sie von der britischen Regierung mit niedrigeren Arbeitskosten angelockt wurde, ist noch in frischer Erinnerung. Hier entstanden im Saldo keine zusätzlichen Stellen, sondern die Arbeitslosigkeit wurde lediglich verlagert. Es bedarf daher gemeinsamer, aufeinander abgestimmter Maßnahmen, sollen wirklich jene 15 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die nach Schätzungen der Kommission unerlässlich sind, um die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2000 auch nur zu halbieren.

Die Beschäftigungspolitik der Europäischen Union sollte sich auf drei Bereiche konzentrieren. Erstens bedarf es Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes, das heißt zur Wiederherstellung beziehungsweise Steigerung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Die Einrichtung transeuropäischer Netze in den wachstumsträchtigen Bereichen Verkehr, Kommunikation und Umweltschutz sind sicherlich ein guter Anfang.

Gleiches gilt für die Konzentration der Mittel für Forschung und Entwicklung sowie die Ausarbeitung einer gemeinsamen Industriepolitik. Viel zu lange haben die konservativen Ideologen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertraut und dabei die Rolle des Staates in den von

ihnen so oft als beispielhaft gepriesenen USA und Japan übersehen. Hierbei kommt der Union eine Katalysatorfunktion zu: Durch die Initiierung und Bündelung der auf der Ebene der Mitgliedsstaaten durchzuführenden Maßnahmen kommt es zu Synergieeffekten für die Union. Zweitens muß ein einheitlicher Rahmen für die nationalen Politiken festgelegt werden. Vielen Regierungen erscheint Flexibilität als Allheilmittel. Nun soll die Notwendigkeit der flexibleren Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitsorganisation, aber auch der sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt der staatlichen Verwaltung gar nicht geleugnet werden. Diese darf aber nicht zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen. Deshalb sind soziale Mindestgarantien unerlässlich, sei es nun bei der Arbeitsgesetzgebung (atypische Arbeitsverhältnisse, grenzüberschreitende Arbeitnehmerentsendung, Eurobetriebsräte), der Bezahlung (Mindesteinkommen) oder den sozialen Sicherungssystemen (Wanderarbeitnehmer). Drittens sind direkte gemeinsame Aktionen unter Einbeziehung der Sozialpartner erforderlich. Dies trifft zu allererst für den Bildungsbereich zu. Hier müssen einheitliche Systeme zur Anerkennung der beruflichen Qualifikationen geschaffen und die Bildungssysteme erneuert werden. Zwar sind auch auf diesem Feld die Mitgliedsstaaten für Inhalt und Gestaltung verantwortlich, im Unterschied zu den anderen Bereichen kann es die Union aber nicht bei Mindeststandards belassen. Vielmehr hat sie nicht zuletzt mit Hilfe der Strukturfonds (Ziel 3 und 4) auf die erleichterte Anpassung der Beschäftigten an den industriellen Wandel ebenso hinzuwirken, wie auf die Verbesserung der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung zwecks Erleichterung der beruflichen Eingliederung insbesondere von Jugendlichen und zur Wiedereingliederung der von sozialer Ausgrenzung Betroffenen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und damit zu einem großen Teil auch Wachstum und Beschäftigung lassen sich nicht über die Konkurrenz um Niedriglöhne und Sozialabbau erreichen sondern nur durch gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Produkte von besserer Qualität erzeugen.

(-/9. März 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein sehr sensibles Kapitel der Medizin** **Europaparlament diskutiert ethische Aspekte der pränatalen Diagnostik**

**Von Dr. Holf Linkohr MdEP**

Die Entwicklung in der Biomedizin geht mit atemberaubendem Tempo voran und verspricht in den nächsten Jahren geradezu eine Revolution. Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß die öffentliche Wahrnehmung solcher Vorgänge in den Wissenschaften oftmals mit großer Verzögerung eintritt und dann folgerichtig politische und gesetzliche Lücken entstehen.

Im Rahmen der Biomedizin haben sich die Möglichkeiten der Pränatalen Diagnostik (PND) und der Fötalmedizin in den letzten Jahren exponentiell erweitert. Mit einem Initiativbericht, erstellt von dem französischen Abgeordneten Pompidou, macht der Forschungs- und Technologieausschuß den Versuch, auf die Notwendigkeit zur Klärung vor allem ethischer Fragen in diesem Zusammenhang europaweit aufmerksam zu machen und gewisse Vorgaben zu erstellen.

Schon seit 1970 wird verstärkt an der Verbesserung von diagnostischen Methoden zur Feststellung fötaler Krankheiten und Mißbildungen gearbeitet. Europaweit konnte so die Kindersterblichkeit erheblich verringert werden. Immer mehr werdende Eltern greifen heute darauf zu-

rück, um das Bestehen einer genetischen Anomalie oder einer fetalen Mißbildung zu bestätigen beziehungsweise auszuschließen. In der großen Mehrzahl der Anwendung kann PND damit Paaren Sicherheit verschaffen - insbesondere dann, wenn sie bereits Kinder mit erblichen oder im Uterus übertragenen Krankheiten auf die Welt gebracht oder Fehlgeburten hinter sich haben.

Die PND stellt jedoch immer noch ein gewisses Risiko dar. Mit ihrer Durchführung ist beispielsweise die Gefahr eines ungewollten Schwangerschaftsabbruchs verbunden. Zudem sind Fehler und Fehldiagnosen nicht ausgeschlossen. Zudem klafft eine große Lücke zwischen den Möglichkeiten der Diagnose und denen der erfolgversprechenden Therapie, sodaß ein Schwangerschaftsabbruch oft als einzige Konsequenz erscheint.

Was tun Eltern, die aufgrund einer PND feststellen müssen, daß das erwartete Baby an einer Krankheit leidet? Was kann oder darf der behandelnde Arzt ihnen empfehlen? Wie kann zum einen die Entscheidungsfreiheit der Eltern, andererseits eine scharfe Abgrenzung zu jeglichem "Tappen in die Eugenik-Falle" garantiert wird? Auf diese weitergehende, vor allem ethischen Fragen, versucht das Europäische Parlament folgende Antworten zu geben:

1. Oberstes Gebot ist die Entscheidungsfreiheit der Eltern. Ärztliche Empfehlungen zum Schwangerschaftsabbruch dürfen ausschließlich in besonders schwerwiegenden Fällen (die bis zum raschen Tod führen könnten) und unter Bestätigung zweier anerkannter Ärzte ausgesprochen werden.
2. PND darf nur die Vorbeugung oder Behandlung einer besonders schwerwiegenden Krankheit zum Inhalt haben. Das heißt, sie darf nicht zur gezielten aktiven Beeinflussung - und sei es nur des Geschlechts - mißbraucht werden.
3. PND darf nur von staatlich anerkannten Institutionen durchgeführt werden. Die EU-Kommission wird aufgefordert, einen Rahmen für Zulassungsverfahren für Instrumentarien und Methoden vorzuschlagen, ohne das PND nicht angeboten werden dürfen.

Gerade in der Bundesrepublik wird häufig die Gefahr betont, daß die PND das Tor zur Eugenik aufschlage - mit weitreichenden gesellschaftlichen und sozialpolitischen Folgen. Sicher ist es richtig, daß immer weniger Eltern bereit sind, ihr Leben lang die Konsequenzen schwerwiegender Krankheiten zu tragen. Die PND als Regelfall unterstellt wäre auch nicht auszuschließen, daß einzelne Versicherungen in Versuchung kommen könnten, Behinderung zu einer Art "vermeidbarem Risiko" abzustempeln.

In einer ebenfalls eindeutig ethischen Frage - der der Abtreibung - zeigt sich seit Jahrzehnten auf der ganzen Welt, daß großem Leidensdruck weder mit moralischen Appellen, noch mit dem Strafgesetzbuch beizukommen ist und daß auch eine wie auch immer geartete Sozialpolitik nie zum Allheilmittel werden wird. Wenn wir in der Europäischen Union mit ihren offenen Grenzen ein vergleichbares Wirrwarr mit der PND vermeiden wollen, brauchen wir schnell eine europäische öffentliche Diskussion über deren ethische Implikationen. Dafür kann der Bericht des Europaparlaments den Anstoß geben.

(-/9. März 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*